

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Zugabe: durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Danfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Insertate:
Die Gespalt. Zeitschrift 15 Bsp.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Insertate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 52

Mittwoch den 3. März 1915

26. Jahrgang

Es bleibt bei der Aushungerungspolitik

Hartnäckige französische Vorstöße. — Brotwucher in Rußland.

Der Notenwechsel zum Unterseebootkrieg.

Das eine Gute hat der Notenwechsel zwischen Amerika und Deutschland, der sich an die Eröffnung des deutschen Unterseebootkrieges gegen England geknüpft hat und jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt ist: er entblößt uns wie drüber die Gründe des Handelns bis zur völligen Klarheit. Und diese ist in der Kunst schön, in der Politik sehr nützlich.

Nunmehr wissen wir aus der Stellung Englands zu der zwischen Nordamerika und Deutschland fast zur Reife fertigen Verständigung, daß man jenseits des Kanals unter keinen Umständen eine Kriegführung will, die auf die Aushungerung der Zivilbevölkerung verzichtet. Die Aushungerung von Frauen und Kindern bleibt das Hauptziel der englischen Kriegsmittel, und in dem Augenblick, in dem sie durch eine Verständigung zwischen Deutschland und Amerika gemildert oder beseitigt erscheint, erklärt England, zu noch schärferen Aushungerungsmaßnahmen greifen zu müssen, nämlich dem unterschiedslosen Gang aller nach deutschen Häfen überhaupt fahrenden Schiffe der Neutralen und ihrer Festhaltung in englischen oder französischen Häfen, wie man es eben schon probenweise mit der Baumvollendung der „Dacia“ aus New York macht. Und das nach einem deutschen Anerbieten, die Lebensmittelzufuhr an die Zivilbevölkerung vollständig unter die Kontrolle amerikanischer Antistellen in Deutschland zu stellen und ihnen uneingeschränkte Vollmacht zur Verteilung der Nahrungsmittel an die Bevölkerung zu geben. Weiter kann ein Staat im Interesse menschlicher Kriegführung von seinen Hoheits- und Verwaltungsrechten im Inneren seines eigenen Landes nicht abhandeln, als es hier Deutschland zu tun sich erheißt, um den neutralen Handel wieder herstellen zu helfen. Und dennoch die englische Antwort!

Auch im Auslande beginnt man nunmehr richtiger zu urteilen. Das Amsterdamer „Alta Handelsblad“ schreibt zu der englisch-französischen Erklärung:

„Wenn England sich, wie es zu Beginn des Krieges erklärte, an die Bestimmungen der Londoner Deklaration gehalten hätte, dann würde die ganze Sache wahrscheinlich anders gelaufen sein. Die eine Abweichung von einer einmal festgelegten Regel nicht notwendigerweise andere noch sich. Die einseitige Abänderung der Londoner Deklaration durch die englischen Orders and Councils (falsche Flagge) haben die deutschen Maßnahmen zur Folge gehabt, diese bringen nun wieder englische Gegenmaßnahmen, und so geht es weiter in infinitum, wobei immer der eine dem anderen die Schuld zuschiebt für das, was geschehen ist. Die leidenden Teile sind die Neutralen, die dazwischen sitzen, und immer mehr ihrer Rechte benachteiligt werden.“

Das stimmt mit der Ergänzung, daß neben den Neutralen die am Krieg unbeteiligte deutsche Bevölkerung getroffen wird. Sehen sich die Neutralen jetzt kräftig zur Wehr, so helfen sie, ohne es zu wollen, auch der Bevölkerung mit, und das ist Deutschlands Vorteil bei diesem Handel. Die nordamerikanische Union läßt bereits über New York und Amsterdam durch Reuters folgende hören: „In aktuellen Kreisen herrscht der allgemeine Eindruck, daß die Vereinigten Staaten kräftig gegen die Maßnahmen der Verbündeten protestieren werden, die als beispiellos angesehen werden und zweifellos dem Handel der Vereinigten Staaten mit Ländern, mit denen sie im Frieden leben, großen Schaden zufügen müssen.“ Nur wird der Protest allein den Engländern kaum imponieren. Man wird schon etwas mehr tun müssen!

Deutschland und Amerika.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

Berlin, 2. März. Die amerikanische Note an Deutschland vom 22. Februar enthält unter freundschaftlichen Versicherungen in der Hauptsache folgende Vorschläge:

Deutschland und Großbritannien kommen dahin überein, 1. daß treibende Minen von keiner Seite einzeln in den Küstengewässern oder auf hoher See angelegt werden, daß verankerte Minen von keiner Seite auf hoher See, es sei denn ausschließlich für Verteidigungszwecke innerhalb Kanonenschußweite von einem Hafen, gelegt werden, und daß alle Minen den Stempel der Regierung tragen, die sie ausgelegt, und so konfirmiert sind, daß sie unschädlich werden, nachdem sie sich von ihrer Verankerung losgerissen haben;

2. daß Unterseeboote von keiner der beiden Regierungen zum Angriff auf Handelsschiffe irgend einer Nationalität Verwendung finden, außer zur Durchführung des Rechtes der Anhaltung und Untersuchung;

3. daß die Regierungen beider Länder es zur Bedingung stellen, daß ihre beiderseitigen Handelsschiffe neutrale Flaggen als Kriegsschiffe oder zum Zweck der Unkenntlichmachung nicht benutzen.

Großbritannien erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- und Nahrungsmittel nicht auf die Liste der absoluten Konterbande gesetzt werden und daß die britischen Behörden Schiffsladungen solcher Waren weder hören, noch anhalten, wenn sie an Agenturen in Deutschland adressiert sind, die von den Vereinigten Staaten namhaft gemacht sind, um solche Warenladungen in Empfang zu nehmen und an konfirmierte deutsche Wiederverkäufer zur ausschließlichen Weiterverteilung an die Zivilbevölkerung zu verteilen.

Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß Lebens- oder Nahrungsmittel, die nach Deutschland aus den Vereinigten Staaten — oder je nachdem von irgend einem anderen neutralen Lande — eingeführt werden, an Agenturen adressiert werden, die von der amerikanischen Regierung namhaft gemacht werden; daß diesen amerikanischen Agenturen die volle Verantwortung und Aufsicht bezüglich des Empfanges und der Verteilung dieser Einfuhr ohne Einschränkung der deutschen Regierung obliegen soll; sie sollen sie ausschließlich an Wiederverkäufer verteilen, denen von der deutschen Regierung eine Koncession erteilt ist, die ihnen die Verteilung gibt, solche Lebens- und Nahrungsmittel in Empfang zu nehmen und sie ausschließlich an die Zivilbevölkerung zu verteilen; sollten die Wiederverkäufer die Bedingungen ihrer Koncession irgendwie überschreiten, so sollen sie des Rechtes beraubt werden, Lebens- und Nahrungsmittel für die angegebenen Zwecke zu erhalten, und daß die deutsche Regierung solche Lebens- und Nahrungsmittel nicht für Zwecke irgendwelcher Art requirieren oder verwenden wird, daß sie für die beschaffene Nachschub Deutschlands Verwendung finden.

Unterm 28. Februar hat die deutsche Reichsregierung der amerikanischen in der Hauptsache folgendes geantwortet:

Auch den deutschen Wünschen entspricht es, daß der Seekrieg nach Regeln geführt wird, die, ohne die eine oder die andere kriegsführende Macht in ihren Kriegsmitteln einseitig zu beschränken, ebensoviele den Interessen der Neutralen, wie den Geboten der Menschlichkeit Rechnung tragen. Von dieser Auffassung ausgehend, hat die Deutsche Regierung die Anregung der Amerikanischen Regierung einer aufmerksamen Prüfung unterzogen und glaubt darin in der Tat eine geeignete Grundlage für die praktische Lösung der existierenden Fragen zu erkennen. Zu den eingeklagten Punkten der amerikanischen Note darf sie nachstehendes bemerken:

1. Was die Leitung von Minen betrifft, so würde die Deutsche Regierung bereit sein, die angeregte Erklärung über die Nichtverwendung von Treibminen und die Konfirmierung der verankerten Minen abzugeben. Ferner ist sie mit der Anbringung von Regierungstempeln auf den auszuliegenden Minen einverstanden. Dagegen erscheint es ihr für die kriegsführende Macht nicht angängig, auf eine offensive Verwendung verankerter Minen völlig zu verzichten.

2. Die Deutsche Regierung würde sich verpflichten, daß ihre Unterseeboote gegen Handelsschiffe irgendwelcher Nationalität nur insoweit Gewalt anwenden werden, als dies zur Durchführung des Rechtes der Anhaltung und Untersuchung erforderlich ist. Ergibt sich die feindliche Nationalität des Schiffes oder das Vorhandensein von Konterbande, so würden die Unterseeboote nach den allgemeinen völkerrechtlichen Regeln verfahren.

3. Wie die amerikanische Note vorschlägt, steht die angegebene Beschränkung in der Verwendung der Unterseeboote voraus, daß sich die feindlichen Handelsschiffe des Gebrauchs der neutralen Flagge und anderer neutraler Abzeichen enthalten. Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß sie auch von einer Bewaffnung, sowie von der Leistung jeden tatsächlichen Widerstandes absehen, da ein solches völkerrechtswidriges Verhalten ein dem Völkerecht entsprechendes Vergehen der Unterseeboote unmöglich macht.

4. Die von der Amerikanischen Regierung angeregte Regelung der treibenden Lebensmittelfuhr nach Deutschland ergibt sich im allgemeinen aus dem Vorstehenden; die Regelung würde sich selbstverständlich auf die Seefuhr beschränken, andererseits aber auch die indirekte Zufuhr über neutrale Häfen umfassen. Die Deutsche Regierung würde bereit sein, Erklärungen der in der amerikanischen Note vorgeschlagenen Art abzugeben, jedoch die ausschließliche Verwendung der eingeführten Lebensmittel für die feindliche Zivilbevölkerung peremptorisch sein würde. Dagegen muß aber die Deutsche Regierung Wert darauf legen, daß ihre auch die Zufuhr anderer der feindlichen Volkswirtschaft dienenden Rohstoffe einschließlich der Futtermittel ermöglicht wird. Zu diesem Zweck hätten die feindlichen Regierungen die in der Presse der Londoner Seefriedens-Erklärung erwähnten Maßnahme frei nach Deutschland gelangen zu lassen und die auf der Liste der relativen Konterbande stehenden Stoffe nach den gleichen Grundsätzen wie die Lebensmittel zu behandeln.

Eine neue englische Herausforderung.

London, 2. März. (W. B. Nichtamtlich.) Im Unterhaus beantragte Asquith einen neuen Kriegskredit von 250

Millionen Pfund Sterling und führte hierbei aus: Die Kriegskosten aller Art sind auf zwei Millionen Pfund Sterling täglich gestiegen, aber England und das britische Reich sind so fest wie je entschlossen, den Krieg zu einem heftigen Ende zu führen. Asquith sagte weiter, daß die Unternehmung gegen die Dardanellen sorgfältig vorbereitet sei und ein bestimmtes Ziel verfolge, in politischer, strategischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Unternehmung sei ein neues Beispiel für das enge Zusammenwirken der Verbündeten, die sich in die Gefahr und den Ruhm des Unternehmens teilten. Asquith spottete über die angebliche deutsche Blockade Englands und sagte: Die Wahrheit ist, daß die deutsche Flotte die englischen Küsten nicht blockiert, nicht blockieren kann und niemals wird blockieren können. Deutschlands Handelsweise ist eine Verletzung aller bisher anerkannten internationalen Verpflichtungen und Übereinkommen. Die Verbündeten haben daher beschlossen,

zu Repressivmaßnahmen überzugehen, um zu verhindern, daß Güter irgend welcher Art nach Deutschland eingeführt oder von dort ausgeführt werden. Die englische und die französische Regierung behalten sich die Freiheit vor, Schiffe, von denen die Vermutung besteht, daß sie Güter mit feindlicher Bestimmung oder eines feindlichen Eigentümers oder feindlichen Ursprungs an Bord haben, anzuhalten und nach englischen oder französischen Häfen zu bringen. Die Verbündeten halten sich berechtigt, zu allen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen ihre Zuflucht zu nehmen, oder ihre Absicht ist nicht, die Ladungen der angeführten Schiffe für konfisziert zu erklären, wenn nicht besondere Umstände die Konfiskation rechtfertigen. Die neuen Maßnahmen sollen nicht auf Schiffe angewandt werden, die vor diesem Datum ausgefahren sind. Asquith fuhr fort: Wenn die Neutralen durch diese Maßnahmen belästigt werden, so bedauern wir das, aber die Neutralen mögen bedenken, daß nicht wir diese Phase der Kriegführung herbeigeführt haben. Deutschland hat mit der Unterseebootkampagne der Seeräuber und Vandalen begonnen. Die Verbündeten können nicht ruhig zusehen, als ob sie noch den Schutz der Regeln der zivilisierten Kriegführung genießen.

Asquith erwähnte dann die Friedensgerüchte und schloß unter lauten Beifall: Jetzt ist nicht die Zeit, von Frieden zu reden, und wiederholte seine Erklärungen aus der Guildhall-Rede vom 9. November 1914. Die Rede wurde mit großer Begeisterung auf allen Seiten des Hauses aufgenommen.

Die „Begründung“ der Gegenmaßnahmen.

Amsterdam, 2. März. (W. B. Nichtamtlich.) Die Morgenblätter veröffentlichen folgende Mitteilung der französischen Seefahrt in Haag: Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens teilen den Regierungen der neutralen Staaten folgende Erklärung mit: Deutschland erklärte, daß der Kanal und die Nord- und Westküste sowie die die britischen Inseln umgebenden Gewässer Kriegsgebiet seien. Es gab amtlich bekannt, daß alle feindlichen Schiffe, die in dieser Zone angetroffen würden, vernichtet werden sollen, und daß neutrale Schiffe sich dort in Gefahr befinden. Das bedeutet auf den ersten Blick, daß ohne Rücksicht auf die Sicherheit der Seemannschaft und der Passagiere jedes Handelsschiff alsbald der Verhaftung, torpediert werden soll. Da das deutsche Marineamt nicht die Macht hat, in diesen Gewässern ein einziges an der Oberfläche fahrendes Schiff zu unterhalten, können diese Angriffe nur durch Unterseeboote ausgeführt werden. Das Völkerecht und die internationalen Kriegsgebräuche sind bei Angriffen auf Handelsschiffe stets von der Voraussetzung ausgegangen, daß es die Pflicht derer, die ein Handelsschiff nehmen, sei, das Schiff vor ein Preisengericht zu bringen, wo der Fall beurteilt und die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme erwogen werden kann, durch dessen Spruch Neutralität ihre Ladung zurückerhalten können.

Die Verletzung des erbeuteten Schiffes ist an und für sich eine beständige Sache, zu der man nur unter außergewöhnlichen Umständen schreiten darf, und erst, nachdem die Regeln getroffen sind, die ganze Mannschaft und die Passagiere in Sicherheit zu bringen. Die Verantwortung, zwischen einem feindlichen und einem neutralen Schiff und zwischen feindlicher und neutraler Ladung zu unterscheiden, liegt unstrittig bei dem angreifenden Schiff, dessen Pflicht es ist, die Natur und den Charakter des Schiffes und der Ladung festzustellen und die Schiffsdokumente in Sicherheit zu bringen, bevor es das Schiff erbeutet oder versenkt. Ebenso ist es Pflicht jedes Kriegsführenden, für die Sicherheit der Besatzung sowohl eines neutralen als eines feindlichen Schiffes zu sorgen. Alle früheren Beratungen über das Recht, das die Regeln für den Seekrieg aufstellen sollten, beruhen auf diesem Grundsatz. Das deutsche Unterseeboot aber ist nicht imstande, einer dieser Verpflichtungen nachzukommen. Es bringt die erbeuteten Schiffe nicht vor ein Preisengericht und führt keine Preisbesatzungen mit sich, die es an Bord eines erbeuteten Schiffes gehen ließe. Es wendet kein ausreichendes Mittel an, um zwischen einem neutralen und einem feindlichen Schiff einen Unterschied zu machen, und es nimmt die Mannschaften und die Passagiere eines zu versenkenden Schiffes nicht an Bord, um sie in Sicherheit zu bringen.

Diese Methoden der Kriegsführung fallen demnach völlig außer-
halb des Rahmens aller internationalen Vorschriften, die die kriege-
rischen Maßnahmen gegen den Handel in Kriegszeiten regeln. Die
deutsche Erklärung legt die unterschiedslose Vernichtung an Stelle der
Regeln einer entsprechenden Aufbringung. Deutschland wendet
diese Methode gegen feindliche Kaufleute und nichtkombattante
Schiffsbesatzungen an, in der Absicht, zu verhindern, daß Waren
aller Art, darunter Vorräte für die Ernährung der Zivilbevölke-
rung, nach den britischen Inseln und nach Nordfrankreich eingeführt
oder ausgeführt werden. Deutschlands Gegner hat daher gegun-
gen, zu Vergeltungsmassregeln ihre Zuflucht zu nehmen, um ihrer-
seits zu verhindern, daß Waren irgendwelcher Art in Deutschland
eingehen, oder daraus ausgehen. Indessen sollen diese Maßregeln
von England und Frankreich ohne Gefahr für die Schiffe sowie das
Leben von Neutralen und Nichtkombattanten in genauer Überein-
stimmung mit den Grundsätzen der Menschlichkeit ausgeführt wer-
den. Demgemäß sollten sich die englische und die französische Re-
gierung für berechtigt, Schiffe mit Waren, die mutmaßlich für den
Feind bestimmt sind, oder ihm gehören, oder feindlichen Ursprungs
sind, anzuhalten und in ihre Häfen zu bringen. Diese Schiffe und
Ladungen sollen nicht für konfiskiert erklärt werden, wenn sie nicht
auch sonst der Verurteilung als Preise unterliegen. Die Behandlung
der Schiffe mit Ladungen, die vor diesem Datum ausgefahren, soll
keine Änderung erfahren.

Die Isolierung Englands.

Rotterdam, 2. März. (D. D. P.) Die Blätter stellen in
den Wochenübersichten fest, daß nach vorläufiger Zusammen-
stellung der Einzelmeldungen vom 24. bis zum 31.
Januar 26 Schiffe in den englischen Gewässern
verhaftet worden sind.

Rotterdam, 3. März. (D. D. P.) Noch immer sind die
Montag früh erschienenen Morgenblätter aus Lon-
don nicht eingetroffen. Auch der englische Tele-
graphenverkehr scheint sich in den letz-
ten Tagen düstert. Man muß daraus schließen, daß die
englische Zensur ihre Hand im Spiele hat, wohl in der Ab-
sicht, möglichst wenig über die Abfahrt und die Ankunft eng-
lischer Schiffe auf dem Kontinent durchsickern zu lassen. Der
deutsche Unterseebootkrieg hätte somit auch den Erfolg, daß
England sich selbst dem Kontinent gegenüber immer mehr
isolieren muß.

Der Fall der „Dacia“.

Amsterdam, 2. März. (D. D. P.) Reuter meldet aus
Brux: Auf der „Dacia“ weht die französische Flagge. Ueber
die Ladung von 11 000 Bomben ist noch kein Beschluß
gefaßt worden. Die Besatzung, bestehend aus Amerikanern
und Rumänen, soll in ihre Heimatländer zurückgeschickt
werden.

Unter falscher Flagge.

Stockholm, 2. März. (D. D. P.) „Aftonbladet“ meldet
aus Göteborg: Ein Schiffskommandant hat der „Göteborgs
Zeitung“ mitgeteilt, daß er zwischen Lowestoft und Grimsby
fünf britische Schiffe unter schwedischer
Flagge begegnet sei. Sämtliche Dampfer hatten außer-
dem ihre Namen übermalt und ein Teil sogar die Namen
auf dem Schornstein überstrichen. Ein britischer Schiffs-
kommandant zeigte ein Telegramm von seinem Reeder, dem
auf seine Frage, unter welcher Flagge er fahren sollte, die
Antwort zu teil wurde: Portugiesische Flagge!

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 2. März. (B. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Grenze, wieder mit starken Kräften angelegte Angriffe in
der Champagne brachen meist schon in unserem Feuer
unter gewaltigen Verlusten für den Feind zusammen.
Kampfe an einzelnen Stellen waren durchweg für uns
siegreich. Unsere Stellungen blieben in unserer Hand.

Im Argonnenwald eroberten wir mehrere Gräben,
machten 50 Gefangene und erbeuteten 5 Minenwerfer.

Angriffe auf Vanenais wurden blutig abgewiesen.

Die in den Vogesen in den letzten Tagen von uns
erzielten Vorteile wurden trotz heftiger Gegen-
angriffe festgehalten. Gestrige Abendangriffe der
Franzosen nordöstlich Cellès waren für den Feind besonders
verlustreich.

Feuilleton.

Volksheer und Berufsheer.

In der „Internationalen Monatsschrift für
Wissenschaft, Kunst und Technik“ (Verlag S. G.
Kremer in Leipzig) veröffentlicht Professor Ger-
mann Oden einen Aufsatz: „Deutschland,
England und Amerika“, historisch-politische Be-
trachtungen über den Kampf in der öffentlichen
Meinung, dem wir folgenden Abschnitt ent-
nehmen:

... So kommen wir denn zu dem Schlagwort, mit dem
England die Vergiftung der öffentlichen Meinung in der
Welt am erfolgreichsten, und nirgends nachhaltiger als in
Amerika, betrieben hat. Es heißt der deutsche Militarismus.

Handelt es sich da um die eingeborene insuläre Könige-
gogen die allgemeine Wehrpflicht, die doch in Frankreich und
Rußland ebenso gilt wie in Deutschland? Aber hat man
nicht in England seit einem halben Jahrhundert die Herbeiführung der
allgemeinen Wehrpflicht eifrig betrieben, weil führende Män-
ner in diesem System — und nicht in den Surrogaten des
Söldnerdienstes und der Gilt- und Anrechtsbörse — das
einzige Mittel zu erkennen meinten, den gefährdeten Kun-
stbau des Weltreichs aufrechtzuerhalten? Ich erinnere mich,
daß ich im April 1913 einer Parlamentsdebatte beizuohnte, in
der aus der Mitte des Hauses ein Antrag auf Einführung
des „compulsory service“ gestellt und nach dem konventionellen
Antragsteller auch von einem liberalen Redner befürwortet
wurde; und es bleibt mir unübergeht, wie gerade an dieser
bedeutenden Stelle der Welt nun auch das neue Prinzip und
mit ihm das deutsche Vorbild, seine sittliche und praktische
Überlegenheit anerkennend und würdig gepriesen wurden.
Die Abgeordneten der Regierungsjette, mit denen ich noch
zusammen war, suchten zwar den überraschenden Eindruck zu
verwisken, und einer von ihnen, ein früherer kanadischer
General, meinte abschätzend: „They have nothing to talk
about now.“ Aber wenn auch die Majorität des Hauses
und des Volkes seine Ehren noch verachtet, die Welle war im
Steigen. Um ihren Führer Lord Roberts hatte sich ein Kreis
von historisch-politischen Schriftstellern mit der gleichen For-

Westlicher Kriegsschauplatz.

Russische Vorstöße südöstlich und südlich des Augusto-
wer Waldes waren erfolglos.
Russische Nachangriffe nordöstlich Lomza und östlich
Ploz wurden zurückgeschlagen.

Oberste Heeresleitung.

Von der Westfront.

Der Druck der Deutschen auf die fran-
zösische Front bei Soissons ist, wie der Pariser
Korrespondent der „Daily News“ berichtet, in den letzten
Tagen noch stärker geworden. Den Deutschen gelang es, die
Stellungen ihrer Artillerie näher an Soissons heranzubrin-
gen. Seit dem 23. Februar sind 250 Häuser von Soissons
durch das Artilleriefeuer zerstört worden.

Im Zusammenhang mit den Nachrichten von der erfolg-
reichen Zurückdrängung verstärkter französischer Angriffe in
anderen Teilen der Front gewinnt dieses Vorrücken der deut-
schen Truppen im Zentrum erhöhte Bedeutung.

Die Zufuhr nach Paris.

Der „Temps“ meldet: Das Erträgnis des Pariser Stadt-
volles betrug im Januar und Februar 1915 11 191 296
Francs. Der Ausfall beträgt gegenüber dem Vorausschlag
1 328 703 Francs, gegenüber dem Erträgnis des gleichen
Zeitraums des Vorjahres 9 128 632 Francs.

Die Verteilung der deutschen Streitkräfte.

Das französische Kriegsministerium teilt folgende
Notiz mit über die Verteilung der deutschen Streitkräfte auf
der französischen und der Ostfront: „Es trifft nicht zu, daß
vier oder fünf deutsche Armeekorps der Westfront ent-
zogen worden seien, um die Truppen des Marichalls v. Hin-
denburg zu verstärken. Nur ein deutsches Armeekorps, das
44. wurde tatsächlich von unserer Front weggenommen, mit
Ausnahme des 27. Regiments. Dieses Korps bestand aus
neun Regimentern; acht oder neun Regimenter, die ent-
weder diesem Korps (Reformation) oder einer bayerischen
Reiterdivision angehören, die gegenwärtig im Elsaß
operiert, haben es erreicht. Es trifft nicht zu, daß die Deut-
schen gegenwärtig auf unserer Front weniger Leute als im
Januar hätten. Sie haben wenigstens ein Regiment mehr.
Es trifft dagegen zu, daß die Offensive des Marichalls von
Hindenburg mit verstärkten Truppenbeständen geführt wurde,
die zusammengelegt waren aus wenigstens einem Armeekorps
(Reformation), das früher noch nicht ins Gefecht gekommen
war, und aus Truppen, die von einem Punkte der Ostfront
an einen anderen vertrieben wurden. Die ersten Korps
(Reformationen) sind das 38. und 40. Die aus Polen
(Front südlich der Weichsel) weggenommenen Einheiten sind
das 20. Armeekorps, das 1. Reservekorps der ersten Reserve-
Gardebrigade, die 5. Artilleriebrigade der Garde und eine Bri-
gade des sächsischen Landwehrkorps, im ganzen drei Armee-
korps. Alles in allem hat die deutsche Armee, welche die
Schlacht in Masuren lieferte, Verstärkungen von sechs Armee-
korps erhalten, wovon drei von anderen Teilen der Ostfront
weggenommen wurden, zwei Reformationen sind und ein
Korps von der Westfront herangeführt wurde. Insgesamt
verfügen die Deutschen auf der gesamten Ostfront über 30.
Armeekorps, wozu die 22 Korps starken österreichisch-ungari-
schen Truppen kommen. Auf der französischen Front
haben die Deutschen 47 Korps; diese Zahl hat sich seit Sep-
tember nicht verändert.“

Frankische Flugzeuge und Ballons.

Die Pariser Telegraphenagentur „Savas“ meldet: „Die
Flugzeuge und Ballons haben an den glücklichen Aktionen,
die sich auf verschiedenen Punkten der Front seit 14 Tagen
abgespielt haben, in äußerst glänzender Weise teilgenommen.
Unter vielen anderen Fällen kann man erwähnen die Ent-
deckung von 21 feindlichen Batterien durch einen Zieger, die
am 18. Februar erfolgte Auslandschaffung einer schweren
Batterie, die unter Feuer genommen wurde, wobei Soissons
zur Explosion gebracht wurden, die am 18., 24. und 25.
Februar unternommene Bombardierung von Eisenbahnen,
die den Verkehr beim Feinde störten, und die nächtliche Be-
legung der Karren von Weh mit Bomben. Die feindlichen
Flugzeuge zeigten sich sehr wenig tätig.“ Vielleicht redet
man auf deutscher Seite nicht sonderlich.

Der Gefangenenaustausch.

Bern, 2. März. (B. B. Amtlich.) Mit dem letzten
Transport von 115 Österreichern und Ungarn und 710
Weißrussen erreicht die Zahl der durch die Vermittlung
des Schweizerischen Bundes in Kollektivtransporten heim-
geschickten Zivilinternierten folgende Höhe: Franzosen
10 850, Deutsche 7630, Österreicher und Ungarn 1970, ins-
gesamt 20 450, dazu kommen 1500 Franzosen, die von Schaff-
hausen mit eigenen Mitteln einzeln heimreisen. Das Geim-
schaffungsbureau beschloß seine Tätigkeit am Mittwochabend des
1. zum 2. März; dagegen bleibt das Zentralbureau in Bern,
Leiter Professor Rühlisberger, zur Abwicklung der Geschäfte
bis auf weiteres noch tätig. Der Schlussbericht ist vor Etern
zu erwarten. — Der Sanitätszug, der für den Transport der
Schwerverwundeten von Konstanz nach Lyon und umgekehrt
gebildet ist, traf in Bern ein und wurde von offiziellen Ver-
sorgungsstellen, u. a. dem deutschen Konsulat in Bern, besich-
tigt. Der Zug besteht aus 18 Wägen, zwei für Material-
depots, einer erster und zweiter Klasse für die Ärzte und das
Personal, vier zweiter Klasse für Kranke, die fähig zu reisen
vermögen und 11 Wägen dritter Klasse, die als Spitalwagen
eingestrichelt sind. Alles ist mit größter Sorgfalt vorbereitet.
Militärkrankenpfleger und 15 Diakonissen versehen den
Dienst.

Die englischen Arbeiterstreiks.

Die Londoner „Times“ melden aus Glasgow, daß die strei-
kenden Werftarbeiter am Ende dort mehrere Versammlungen
abhielten. Gleich die Mitglieder des Vorstandes der Gewerkschaf-
ten ihnen den Ernst der Lage vorhielten, zeigten sie doch wenig Zu-
hörigkeit, die Arbeit wieder aufzunehmen. In zwei der sechs Versammlun-
gen wurde aber schließlich doch ein Beschluß auf Wiederaufnahme
der Arbeit gefaßt; in den anderen vier kam man nicht zu diesem
Ergebnis. Zweifellos werden auch diese jedoch dem Vorhinein ihrer
Führer folgen, und man hoffe, daß sie in einigen Tagen die Arbeit
wieder aufnehmen.

Vom unterbrochenen Dardanellenkampfe.

Sturm und Wogengang zwang das Geschwader der Ver-
bündeten, gestern den Kampf vorläufig abzubrechen. Ange-
sichts der das Geschwader kommandiert von dem englischen
Admiral Limpus, der vor dem Kriege in Konstantinopel für
die Ausbildung der türkischen Flotte tätig war. 40 Kriegs-
schiffe sollen zu dem Angriff vereinigt sein. Die englische Dar-
stellung vom Erfolg der Beschließung überreicht, aber zweifel-
los haben einzelne Forts schwer gelitten. Die Engländer er-
öffneten das Bombardement aus so weiter Ferne, daß die Ge-
schütze der Forts es nicht wirksam erwidern konnten. Das
Feuer der Engländer war durchaus nicht genau, jedoch über-
schütteten sie die Befestigungen mit so viel Geschossen, daß sie
nach mehreren Stunden einen Teil ihrer Mäure erreicht hat-
ten. Die Landungsabteilung wurde jedoch von den Türken
zurückgeworfen. Der Angriff wird sicher methodisch und vor-
sichtig fortgesetzt werden; daß er über die engste Stelle der
Dardanellen vorgetragen werden kann, ist indes unumkehrbar-
lich. Dort befinden sich außer den stärksten Forts mancherlei
andere schwer zu beseitigende Hindernisse für das Vordringen
der englisch-französischen Schiffe. Zu der türkischen Kammer
führte deren Präsident Salik Bey dazu aus: „Es ist unabhä-
nglich, daß der Feind durch die Meerengen hindurchkommen
kann, aber selbst wenn er hindurchkommt, kann er sicher sein,
daß mit diesem Erfolg unsere Entschlossenheit nur vermehrt
wird. Er soll wissen, daß der größte Teil unserer Armee hier
zusammengedrängt ist und daß Maßnahmen gegen jede Mög-
lichkeit getroffen worden sind. Möge die Welt erfahren, daß
wir entschlossen sind, unser Leben zu führen, nicht, indem wir
auf der Erde kriechen, sondern indem wir wie die Löwen
kämpfen.“

Auch der englische Ministerpräsident Asquith hat im
Unterhause über den Angriff gesprochen, den er ein sorgfältig
vorbereitetes Unternehmen für bestimmte wirtschaftliche, poli-
tische und militärische Ziele nannte. Was damit bezweckt wird,
ist leicht ersichtlich. Erstens muß England und zum Teil auch
Frankreich trachten, den üblen Eindruck zu verwischen, den die
Untätigkeit ihrer Flotten macht. Zweitens braucht Rußland
sehr nötig die Zufuhr von Kriegsmaterial durch die Darda-
nellen; auch müssen die Weimänner trachten, den russischen
Waren einen Abfluß zu öffnen, damit sie selbst für ihr Geld,

haupte nur darauf berechnet sein, die Aufmerksamkeit der Welt
abzulenken von dem edleren englischen System — mit dem
man sich zurzeit noch behelfen muß — und von seinen tradi-
tionellen Mitteln, in deren Anwendung man sich in diesem
Kriege selbst übertrifft hat?

Jedes Volk bildet diejenige Heeresverfassung aus, die
seiner Stellung und seinen Bedürfnissen in der Welt, seiner
politischen Denkwelt und seinem ethischen Empfinden am
ehesten entspricht. Ich will daher nicht von einem allgemei-
nen Ideal einer Heeresverfassung ausgehen und die Frage
zunächst ganz beiseite lassen, ob ein Berufs- und Söldnerheer
oder ein Heer der allgemeinen Wehrpflicht einen höheren ethi-
schen Wert verkörpert. Wovon ich ausgehen will, mit Hilfe
englischer Auslagen, ist die entscheidende Frage, welches der
beiden Systeme in seinen Auswirkungen einen mehr oder
minder kriegerischen Sinn eines Volkes, einen stärkeren oder
geringeren Drang zur Eroberung herbeizuführen kann. Ein
Mitarbeiter des vormaligen Kriegsministers Lord Sal-
dane bei der Organisation der Territorialarmee, General Hamil-
ton, geht in seinem von Saldane eingeleiteten Buch über
die allgemeine Wehrpflicht offen ein, daß England das Söld-
nerheer um deswillen nicht entbehren wolle, weil es die
einzige Gewähr für eine kräftige auswärtige Politik gebe, die
in der Verteidigung nicht das einzige Ziel sei, sondern jeder-
zeit zum Ergründen der Offensive bereit sei. Er argumentiert
mit Recht: hätte England stets nur defensiv gekämpft, so
wäre kein Weltreich entstanden. Damit räumt man ein
— ich entnehme das den schlagenden Ausführungen von
B. Michael in der „Deutschen Rundschau“, November 1914
— daß eine Eroberungspolitik, wie England sie geführt hat
und zu führen gedenkt, mit einem Volk in Waffen nicht mög-
lich, sondern allein auf dem gegenwärtigen System aufzubauen
ist. England braucht für die Welt Eroberung eine Söldner-
armee, die, von der Familie und von der Schwelle losgerissen,
nur ihrem Gewerbe lebt und in jedem Weltteil jederzeit jahre-
lang verweilbar ist. So wird die ideale Arbeitsteilung er-
möglichst, die der Marineminister Churchill in den Worten
„business as usual“ ankündigte und auch General Hamilton
mit dem Takte charakterisiert: „So steht denn die Waffe der
Nation den Krieg auch nicht allzu tragisch an.“

Gerade umgekehrt denkt und handelt ein Volk der allge-
meinen Wehrpflicht. Es sieht den Krieg als etwas Tragisches
an, weil er alle ohne Ausnahme angeht, den Prinzen und den

derung gehört; auch jene Vorlesungen von Gramsc dienen
erhöflich den Zielen dieser Propaganda. Noch bemerkens-
werter war, daß sich sogar ein Ausländer, der Amerikaner
Gomer Lea, in seinem Nord Robert gewidmeten Buch „Des
Britischen Reiches Schicksalsstunde“ in den Dienst der Be-
wegung stellte und mit Worten, die auch Roosevelt hätte schrei-
ben können, die kriegerische Tätigkeit als das Palladium
pries, welches Gott jeder Nation einmal gebe. Zugleich aber
empfindet dieser Amerikaner so begeistert englisch, daß er
mit brutaler Offenheit auspricht, daß
Deutsches Reich hätte nie entstehen dürfen:
„als England die Einigung der germanischen
Rasse gestattete, gummerte es sich seinen
eigenen Sarg“, der entscheidende Fehler sei gewesen,
daß es den Übergang Schleswig-Holsteins, der „dänischen
Herzogtümer“, an Preußen „gestattet“ habe. So enthält ein
von keinerlei Rücksicht behinderter Ausländer, was die eng-
lische Seele über den Zusammenschluß unseres National-
staates — über das Selbstbestimmungsrecht einer großen
Nation — im geheimen denkt. Und so verlangt auch er die
Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, nicht nur in Groß-
britannien, sondern im ganzen britischen Weltreich, im
Mutterland wie in den Kolonien — ohne sich bei dem Gedanken
aufzuhalten, daß die allgemeine Wehrpflicht in Kanada auch
die Einführung der gleichen Institution in den Vereinigten
Staaten bedeuten würde.

Man sieht, wie ernsthaft von den Engländern das Schlag-
wort Militarismus gemeint wird: es handelt sich um etwas,
was ihre politischen Kräfte wohl für sich behalten möchten, und
nur weil sie es nicht besitzen, als die deutsche Urkunde der
Welt denunzieren. So haben sie den inländischen Verbrauch
dieses Schlagwortes längst eingestellt, und die „Morning
Post“ erklärt voll Spott über die Antimilitaristen: „Wir
können den Frieden nur sichern, wenn wir für den Krieg bereit
sind, wir können uns nur durch den Militarismus gegen den
Mißbrauch des Militarismus schützen.“ Jedenfalls scheint
man den Militarismus nur noch als Exordium zu verwenden
zu wollen, von dem man sich einen guten Abzug in Damen-
clubs, Sonntagsausflügen und Rettungsredaktionen — vor
allem bei den amerikanischen Vetter — verbriefen. Die An-
flügen gegen den deutschen Militarismus, die einen so lauten
Widerhall in Amerika gefunden haben, werden in ihrem Kern
von den Engländern selbst nicht geglaubt. Sollten sie über-

Preussisches Abgeordnetenhhaus.

Berlin, 2. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende der Budgetkommission Abg. Windler (konf.) eine Erklärung gegen ein Telegramm des Londoner „Daily Telegraph“ ab. Das Telegramm behauptet, es seien in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses heftige Angriffe gegen Österreich-Ungarn gerichtet und abfällige Äußerungen über den Wert seiner Bundesgenossenschaft gemacht worden (Lachen), und zwar unter der lebhaften Zustimmung aller übrigen Abgeordneten. (Lachen, entrüstete Rufe: Heu!) Als Vorsitzender dieser Kommission stelle ich fest, daß es sich hier um eine Erfindung handelt, der es an jeder Unterlage fehlt. (Allseitige lebhafteste Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des **Etats des Ministeriums des Innern.**

Abg. Dr. Baake (konf.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. v. Pappeheim (konf.): Wir erkennen an, daß die Durchführung der russischen Arbeiter eine große Härte bedeutet. Dieses Zurückhalten war aber im Interesse unseres Vaterlandes geboten. Um dem Mißtrauen der russischen Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern zu begegnen, ist es nötig, daß die vorläufigen Abmachungen über den Wert seiner Bundesgenossenschaft gemacht werden (Lachen), und zwar unter der lebhaften Zustimmung aller übrigen Abgeordneten. (Lachen, entrüstete Rufe: Heu!) Als Vorsitzender dieser Kommission stelle ich fest, daß es sich hier um eine Erfindung handelt, der es an jeder Unterlage fehlt. (Allseitige lebhafteste Zustimmung.)

Abg. v. Jellisch (freikons.): Wir sind dem Minister dankbar, daß er die Schwierigkeiten bei der Verteilung der russischen Arbeiter an der Grenze behoben hat. Die Kriegsgeheimhaltung muß vor allem dafür Sorge tragen, daß die Bedarfsfrage richtig geregelt wird und vor allem die kleinen Mühlenbesitzer berücksichtigt werden. Die Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten ist eine Frage, die nur mit warmem Herzen ganz gelöst werden kann. Sobald sie aus dem Lazarett entlassen sind, muß die Hilfsstätigkeit einsetzen. (Beifall.)

Abg. Dr. Bachmair (fortschr. Bpl.): Unsere grundsätzliche Auffassung über das Wahlrecht ist dieselbe, wie wir sie jederzeit in unserem Antrage dargelegt haben. Unsere Ansicht hat durch die Erfahrungen des Krieges eine weitere Stütze gefunden. (Sehr richtig! links.) Um so mehr bezeugen wir, daß der Minister in seiner Erklärung in der Kommission das Wahlrecht nicht ausdrücklich erwähnt hat. Die Reform des Wahlrechts wird für die Zeit nach dem Kriege die Hauptfrage bilden, von deren Lösung die ganze innere Entwicklung in Preußen und im Reich wesentlich beeinflusst werden wird. (Sehr richtig! Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Marx (zent.): Unseren Standpunkt bezüglich des Wahlrechts haben wir seit Jahren so eingehend dargelegt, daß kein Zweifel besteht. Am besten wird in diesen Verhältnissen über diese Frage nicht gesprochen. Wir wollen alles, was in unseren Kräften steht, für die Kriegswirtschaft tun; aber nach dem Kriege ist es Sache des Reiches und nicht der Provinzen, hier zu helfen. Für diejenigen, die im Dienste des Vaterlandes verunletzt sind, muß das Vaterland aufkommen. Der Krieg hat besonders auch in städtischer Beziehung gute Wirkungen gezeigt; so ist es z. B. in Bezug auf die Antimietkämpfe und Kinematographentheater besser geworden. In mancher Beziehung zeigt sich aber bereits wieder ein Gang, in das alte Rahmen zurückzuführen. Der Minister möge dafür sorgen, daß dem Volke die städtische Kraft erhalten bleibe. (Beifall im Zentrum.)

Minister v. Seebell: Nach Ausbruch des Krieges sind die russischen Arbeiter als Angehörige eines feindlichen Staates im Land festgehalten worden. Welche Personen konnten abreisen, soweit sie in der Lage waren, die Kosten zu bestreiten. Im übrigen ist die Frist für ausländische Arbeiter, ein neues Vertragsverhältnis zu finden, bis 15. März verlängert worden. Wir müssen bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft die erforderliche Anzahl von Arbeitern bekommt. Durch die ausländischen Arbeiter sollen die Rechte der einheimischen Arbeiter nicht beeinträchtigt werden. Die Kriegsfürsorge für die Invaliden ist Sache des Reiches. Die Militärverwaltung ist bereit, in weitestgehendem Maße unter Benutzung aller neueren Methoden das Seilverfahren anzuwenden zu lassen. Nach der Entlassung tritt die gesellschaftliche Fürsorge durch Gewährung einer Rente ein. Aber auch dann noch muß eine erweiterte Fürsorge Platz greifen, damit der Invaliden ein möglichst nützliches Mitglied der Gesellschaft wird. Das Vorgehen des brandenburgischen Provinzial-Landtages in dieser Frage kann ich nur begrüßen. Ich habe keine Bedenken dagegen, daß es sich nur um ein Provinzialforum handelt, bis das Reich eingreift. Das Risiko, das die Provinz läuft, ist nur, daß sie in Erwartung der Widerleistung der Kosten durch das Reich die Kosten vorstreckt. Der Provinz stehen die Geldkassen und die Anstalten zur Durchführung des Seilfahrens zur Verfügung. Deswegen stehen die Kriegsbeschädigten den Provinzen näher, so daß eine bessere Verteilung der einzelnen Fälle ermöglicht wird. Ich bin bereit, darauf hinzuwirken, daß eine möglichst gleichmäßige Behandlung der Frage in den einzelnen Provinzen erzielt wird. Erfolgreich ist es, daß die Sparkassen sich beteiligt haben. Es ist das darauf zurückzuführen, daß das Publikum Vertrauen hat. Zum Schluß möchte ich noch allen meinen Beamten danken für ihre Tätigkeit in diesen schweren Zeiten, für die Schnelligkeit, mit der sie sich den veränderten Verhältnissen frei von allem Bürokratismus anpassen haben. Ein Beamtenapparat, der so funktioniert hat, wie der preussische, ist nicht mehr, der ist in seinen Grundlagen gesund und lebensfähig. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (soz.): Der größte Teil der Rechten und der Nationalliberalen verläßt den Saal: Ich spreche einen kurzen Protest aus, daß man die russischen Arbeiter anders behandelt als andere Zivilisten der feindlichen Staaten. Das ist durch nichts begründet und ist auf das Schlimmste zu vermerken. Die ersten Worte, die in der Frage der Fürsorge für die Kriegswunden hier gefallen sind, finden ein Echo bei uns. Auch wir wünschen, daß auf diesem Gebiete die Allgemeinheit unverzüglich und ganz nicht nur jetzt, sondern für die ganze weitere Zukunft, die erforderlichen Sideritäten schafft, daß nach aller Möglichkeit Not und Elend von diesen unglücklichen Menschen ferngehalten wird. Aber die Erfahrung lehrt, daß man gewisse Worte, die in der heutigen Zeit fallen, ganz besonders fähig und mißtrauisch anzunehmen als Veranlassung hat. Wir müssen abwarten, ob den Worten auch die Taten folgen. Der große Ernst, mit dem diese ungeheuer wichtige, alles menschliche Mitleid lebhaft in Anspruch nehmende Frage heute erörtert worden ist, hat schon um deswillen für mich einen etwas eigenartigen Beigeschmack, weil diese Ausführungen mit dazu beitragen haben, das völlige Schweigen und Betragen der bürgerlichen Parteien in der

entscheidenden wichtigen Wahlrechtsfrage

zu kaschieren. Sie können nicht sein, die da draußen in den Schützengräben liegen und die unglücklichen Krüppel in den Stantenhäusern werden nur dann überzeugt sein, daß in dieser wichtigen Frage alles geschieht, was notwendig ist, wenn ihnen auch bei der Regelung der Frage der nötige Einfluß in Gesetzgebung und Verwaltung gesichert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden sich nicht auf den guten Willen der herrschenden Parteien verlassen wollen. Wenn die guten Worte, die über die Kriegsfürsorge gefallen sind, nicht Hand in Hand gehen mit der Bereitwilligkeit, der Masse des Volkes mehrere Rechte zu verschaffen, eine Demokratisierung Preußens durchzuführen, dann werden Sie keinen Lohn predigen. Der 27. Februar d. J. war für

Preußen ein historischer, ein kritischer Tag. Der Minister hat es in der Budgetkommission abgelehnt, eine noch so leise Zustimmung über eine künftige Wahlrechtsreform abzugeben. Die Freisinnigen erhoffen die Wahlreform nach dem Krieg, das Zentrum beruft sich auf seine feste und unverrückbare Stellung zur Wahlrechtsfrage, die kein Mensch kennt (Heiterkeit), die Nationalliberalen stellen die Frage hinter der Aufgabe zurück, zu fragen, und die Freikonservativen haben eine schroffe Abfuhr erteilen lassen, die Freiberger v. Jellisch in der „Post“ noch dreifach unterstreichend hat. Damit ist die Situation erfreulich geklärt, und eine solche Klärung ist um so nötiger in einer Zeit wie heute, wo das Wort vom „Burgfrieden“, von der „Einmütigkeit des Volkes“ und andere schönklingende Worte von einem

freien deutschen Volke in Zukunft

manchen Sinn umgeben. Wir sind froh, daß dieser Rebellentum fortgeblieben ist. Die tolle Wahrheit ist: in Preußen bleibt alles beim alten. Das ist die Signatur des Tages für Preußen. Aus den Zeitungen mußte man das schon früher. Schon im September 1914 war ihnen bei dem Siegeszug der deutschen Truppen der Stamm gewaltig geschwollen. Man hörte damals geradezu eine Apokalypse des Militarismus, der Monarchie, des Dreiklassenwahlrechts bis weit in die sogenannten liberalen Parteien hinein. 1888 hieß es noch, der preussische Schulmeister hat gesiegt, heute ist man bereits so weit, zu sagen, das preussische Dreiklassenwahlrecht hat in diesem Krieg gesiegt oder wird siegen. (Lachen.) Es wird heißen, das Dreiklassenwahlrecht hat aber die Demokratie gesiegt, wobei man Ruhm als guten Freund der Vergangenheit und fidele für die Zukunft außer Acht läßt. Ich möchte Ihnen aber aus Herz legen, sich zu überlegen, daß, wenn dieser Krieg, besonders in den ersten Monaten, auf eine starke Begeisterung im deutschen Volk gestossen ist, das nicht zum wenigsten der Tatsache zu verdanken ist, daß es hieß: Gegen den Jarrismus, gegen die russische Reaktion! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es dürfen jetzt überall die

politischen Phantasien erstickt sein.

Die schärfsten Bestimmungen haben recht behalten, diese Verhandlungen haben Wasser auf unsere Mühlen gebracht. Wenn die Nationalliberalen den Kampf für das Wahlrecht zurückstellen, weil ihnen der Sieg wichtiger ist, so ist das begreiflich. Für sie ist der

Krieg ein ungeheures politisches und wirtschaftliches Geschäft, hinter dem das Wahlrecht wohl zurücktreten können. Manche besetzten Gebiete und Kolonien sind wachseln keinen Pappenstieck für das deutsche Kapital, da kann das Volk warten. Selbst in der Frage des geheimen und direkten Wahlrechts soll alles beim alten bleiben. Wir sind nicht so bescheiden wie Herr Bachmair. Wir sehen, wie alle anderen Klassen im Kriege und vor allem durch den Krieg ihre

Klasseninteressen rücksichtslos verfolgen.

Wir wissen, daß dieser Krieg der Förderung der großkapitalistischen Interessen im eminentesten Sinne dient. Die technische Seite der Vorlegung einer Wahlrechtsreform wäre leicht zu lösen — ich erkenne an, schwierigere technische Aufgaben sind im Kriege gelöst worden — aber es fehlt am guten Willen. In einer Zeit, wo die schärfste Reaktion unter dem Titel „Burgfrieden“ triumphiert, haben wir wahrlich keinen Anlaß, unsere Forderungen nach Demokratisierung zurückzustellen, sie sind brennender als je. Gerade in diesen Tagen hat sich der

Klassencharakter der heutigen Gesellschaft

scharf und unverhüllt offenbart. Wir haben umso weniger unsere Forderung zurückzustellen in dieser Zeit, wo sich die schädlichen Rückwirkungen der inneren Reaktion auf die auswärtige Politik so besonders traurig offenbart haben, einer Zeit, die nach einer Demokratisierung der äußeren Politik geradezu schreit. Als Abg. Bachmair in der Kommission meinte, die jetzige Zeit biete neue Stützpunkte für die Wahlrechtsforderung, rief Herr v. Jellisch: Im Gegenteil! Das ist ein erbärmliches Wort, das wie ein Wispflücht die Lage erhebt. Solche neuen Stützpunkte hat die jetzige Zeit in der Tat gegeben, aber nicht etwa wegen der Kriegsbegeisterung, sondern aus ganz anderen Gründen. Niemals war so wie heute der gelle Kontrast zwischen den schwersten Pflichten der Allgemeinheit und dem

Teilsiegcharakter des Staates und der Verwaltung in Preußen offenbart. Vergleichen Verpflichtung als Kanonensutter steht eine Gleichberechtigung im Saale leider nicht zur Seite. In dem alten Absolutismus, in dem persönlichen Regiment erbilden wir eine wichtige unmittelbare Ursache für den Ausbruch dieses Krieges, der allerdings international-kapitalistisch bedingt ist. Wenn die imperialistischen Bestrebungen des Absolutismus die schwersten Gefahren und selbst den Krieg heraufbeschworen, so haben wir immer gesagt, daß es umso mehr der Kontrolle der auswärtigen Politik durch das Volk bedarf; die Vorbereitung dafür ist die volle Demokratie im Innern. Ich verstehe nicht, daß diese Kontrolle der auswärtigen Politik auch in denjenigen Ländern, die innerlich mehr demokratisiert sind, noch sehr viel zu wünschen übrig läßt; aber nur so ist die Garantie gegen imperialistische Abenteuerpolitik zu schaffen. Die Millionen Opfer dieses Krieges sind zu einem ganz wesentlichen Teil verschuldet durch

die Rechtlosigkeit der Volksmassen

in den beteiligten Ländern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir alle, möge es sonst aus Meinungsverschiedenheiten unter uns geben, sind darin einig, daß die Volksmassen in keinem der beteiligten Länder den Krieg gewollt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daraus ergibt sich aber in dem Moment, wo Europa in Blut und Wund und Brand eine alte Kultur und die Blüte seiner Menschheit begräbt, die Forderung nach der Demokratisierung der auswärtigen Politik, aufgebaut auf der inneren Demokratisierung. Ich begrüße die Zerlegung der Nationen, die in weiten Volkstreffen in Bezug auf die Bereitwilligkeit der herrschenden Klassen und der Regierung in Preußen zu einer Reform des Wahlrechts bestanden haben. Nach wie vor wird das Volk nicht durch Nachgiebigkeit, Anpassung und Schmeichelei sein Recht gewinnen, sondern im Klassenkampf allein ist sein Heil.

Wir hoffen, daß wir diesen Klassenkampf recht bald wieder in offener Gemeinschaft international mit dem proletariats aller anderen Länder, auch der jetzt kriegführenden, werden führen können. In diesem internationalen Klassenkampf beruht nicht nur die einzige Hoffnung auf Demokratisierung und Erweiterung der Volksrechte, sondern nach meiner Überzeugung auch das einzige Heil für die Masse der Völker in den beteiligten Ländern schon während des Krieges. Sie haben für die Dauer des Krieges das Wahlrecht schroff verweigert, nach dem Kriege werden Sie es auch nicht geben. Niederschlagen sind das höchste, was der fortschrittliche Bedner in Aussicht gestellt hat. Das heißt

der Masse des Volkes die Faust entgegenhalten.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angefächelt dieser Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung gibt es für mich nur die eine Parole: Fort mit der Deuselei des Burgfriedens, auf zum internationalen Klassenkampf, zur Befreiung der Arbeiterklasse und gegen den Krieg! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Gegen die prohibitive Übernahme der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten durch die Provinzen habe ich nichts einzumenden. Auch wir sprechen den Beamten, namentlich den Eisenbahnbeamten, unseren Dank für ihre Tätigkeit aus. Auf die Wahlrechtsfrage will ich nicht weiter eingehen. Wir vertreten den Standpunkt, daß schlichten deutschen Bürgern im Augenblick der Zeit wichtiger ist als das Wahlrecht. (Lebhafte Beifall, Bravo!) Der Abgeordnete Liebknecht hat sich erklährt, die Bezeugung aufzustellen, daß für die bestehenden Klassen der Krieg ein kapitalistisches Geschäft sei. (Wutruf.) Das ist eine schwere Insinuation, eine schwere Verächtlichmachung derjenigen, deren Zähne ihr Leben auf dem Schlachtfeld gelassen haben. (Lebhafte Wutruf.) Mit einem Manne, der seinem eigenen Volke eine derartige Gemeinheit unterjubelt, kann man nicht diskutieren.

Schwerer kann niemand sein eigenes Vaterland verächtlich und dem Auslande gegenüber schädigen. (Wiederholte Wutruf, lebhafter Beifall.)

Abg. Gaffel (fortschr. Bpl.): Diejenigen, die auf dem Schlachtfeld ihr Blut und ihre Gesundheit hingegeben haben, verdienen ganz besondere und weitgehende Fürsorge, aber die Kosten fallen mitgedrungen dem Reiche zu.

Der Etat des Ministeriums des Innern wird genehmigt. Es folgt die Beratung des Kultusetats. Die Abg. Dr. v. Savigny (natl.) und Dr. v. Campe (natl.) berichten über die Verhandlungen der Kommission. Hierauf wird die Weiterberatung des Kultusetats auf Mittwoch 1½ Uhr vertagt. Außerdem Etat der Bauverwaltung. Schluß 5¼ Uhr.

Sterbefälle.

Auszug aus den Frankfurter Stadtbüchern.

7. Nov. Landau, Bruno Leopold, Jäger, Kaufmann, ledig, 21 J., letzte Wohnung Mittelbacher Allee 5, gefallen.
16. Krauth, Oskar Subbia, Unteroffizier d. Inf., juristischer Hilfsarbeiter, ledig, 27 J., letzte Wohnung Rodachstr. 1, gefallen.
28. Fej, Müller, Georg Wilhelm, Unteroffizier, Kaufmann, verh., 30 J., letzte Wohnung Windenstr. 15, gefallen.
4. Jan. Riente, Josef, Wehrmann, Portier, ledig, 31 J., letzte Wohnung Große Friedbergerstr. 35, gefallen.
25. Rager, Georg Karl, Maler, Installateur, ledig, 19 J., letzte Wohnung Windenstr. 12, gefallen.
2. Febr. Heß, Paul Salig, Erbsenreferent, Kaufmann, ledig, 32 J., letzte Wohnung Weichstr. 6, gefallen.
5. Scher, Adolf Christian Johann, Unteroffizier, Straßenbahnschaffner, verh., 31 J., letzte Wohnung Hallgartenstr. 70, gest. im Lazarett zu Bingen.
10. Ham, Augustin, Wehrmann, Vater, verh., 33 J., letzte Wohnung Leubstr. 11, gefallen.
18. Inger, Traugott Emil Fritz, Erbsenreferent, Konditor, ledig, 22 J., letzte Wohnung Gortelstr. 31, gefallen.
1. März. Lippmann, Elise, geb. Frischmann, Witwe, 83 J., Reuterweg 77.
1. Heiter, Johann Karl, Privatier, Witwer, 69 J., Werdhauserstr. 5.
1. Hamel, Maria, geb. Vehr, Witwe, 88 J., Leibnizstr. 39.
1. Ridel, Rosa Margareta, 3 J., Cronauerstr. 2.
1. Trapp, Hans Gottfried Richard, 5 Tage, Große Rittergasse 17.
1. Paliac, Marianne, 3 J., Eschenbachstr. 14.
1. Seder, Karl Wilhelm Gottfried, Nordkroster, verh., 47 J., Eschenbachstr. 14.
1. Schleifer, Margarete, Krankenpflegeschwester, ledig, 22 J., Eschenbachstr. 14.
1. Schmidt, Friedrich Karl, 1 J., Eschenbachstr. 14.
2. Richmann, Albert Johann, 3 Mt., Eschenbachstr. 14.
2. Burmeister, Sofie Helene Dorothea Luise, geb. Mordzahl, verh., 73 J., Hübelerweg-Allee 37/41.

Donnerstag eintreffend

Frisch von See!

Bratschellfische Pfund 22,-
Kabliau Pfund 28,-
mittel

Erbsen grün oder gelb mit Schale
 Besonders zu empfehlen! **Pfund 52,-**

Neu eingeführt!
Geschälte Bohnen Nahrhaft und preiswert! **Pfd. 44,-**

Tee-Abschlag! 1/2 Pfd.-Pak. 60, 70, 1/2 Pfd.-Pak. — 35,-

S. & F.-Kafento, hergest. aus geröst. Bohnenkaffee und reinsten Früchten-Kaffees **1/2 Pfd.-Pak. 45 u. 50**

Lakto-Eipulver, bestor. Ersatz f. frische Eier **1/2 Paket 15,-**

Ausnahme-Angebot in Feldpostpackungen!

10% Rabatt auf folgende Artikel:

Feine Speise-Schokoladen **55, 65 u. 75**
 und -Keks Packung

1 grosses Paket Feinschnitt-Tabak n. Pfeife 80
1 kleine Flasche Kognak od. Rumverschnitt 60

Tafelbutter in Tuben 60

Waxine-Nachtlichte 8 Stund. brennend, Paket, 10 Stück **60**

Moenus extra Säuerahm-Tafel-Margarine **1.-**
Sparsa Säuerahm-Margarine, in 1/2 und 1/4 Pfund-Paketen **85,-**

Schade & Füllgrabe

Fillalen in allen Stadtteilen.

Lichtbilder-Vortrag
 Donnerstag den 4. März, abends 8½ Uhr, im Hotel Casino

Unterseeboote

Ausdruck für Volkswort: **Heer Prof. Dr. Epstein-Frankfurt a. M.**
 telungen in Hildt a. M. Eintritt frei.